

Europa

I. Ein neuer Aufbruch für Europa

Die Europäische Union ist ein historisch einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt und muss es auch künftig bleiben. Sie verbindet wirtschaftliche Integration und Wohlstand mit Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Kern dieser europäischen Vision ist, dass die EU ihre gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft nutzt, um Frieden nach außen und Sicherheit und Wohlstand nach innen zu schaffen. Deutschland hat Europa unendlich viel zu verdanken. Auch deshalb sind wir seinem Erfolg verpflichtet. Für Deutschland ist ein starkes und geeintes Europa der beste Garant für eine gute Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Wir wollen die Weichen stellen für eine soziale und demokratische Europäische Union um das Vertrauen der Menschen in die EU zurückzugewinnen. Es geht darum, dem Primat der Politik wieder Vorrang vor dem Markt zu verschaffen. Soziale Grundrechte müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben. Ziel ist, den sozialen Zusammenhang in der EU wieder zu fördern und zugleich Gestalter einer fairen Globalisierung zu sein.

Die globalen Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert - politisch, wirtschaftlich und militärisch. Neue Schwerpunktsetzungen der USA, das Erstarken Chinas und die Politik Russlands machen deutlich: Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Nur gemeinsam hat die EU eine Chance, sich in dieser Welt zu behaupten und ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Nur gemeinsam können wir unsere Werte und unser solidarisches Gesellschaftsmodell, das sich mit der Sozialen Marktwirtschaft verbindet, verteidigen. Deshalb braucht die EU eine Erneuerung und einen neuen Aufbruch.

Hierzu wollen wir im Rahmen der geltenden Verträge die Wirtschafts- und Währungsunion weiter vertiefen und in Einklang bringen mit dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft mit verstärkter Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Fiskalpolitiken innerhalb des Euroraumes. Die Krise der Eurozone muss wirksam bekämpft werden durch eine gemeinsame Investitionsoffensive statt Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen und Arbeitsmarktreformen. Dazu muss die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten der WWU besser koordiniert werden.

II. Wir wollen ein Europa der Demokratie und Solidarität

- Wir wollen den Zusammenhalt Europas auf Basis seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Werte auf allen Ebenen vertiefen und das Prinzip der wechselseitigen Solidarität stärken.
- Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU und eine Stärkung der europäischen Integration einbringt.
- Wir wollen ein Europa der Demokratie mit einem gestärkten Europäischen Parlament und einem lebendigen Parlamentarismus auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene.
- Wir wollen Europa bürgernäher und transparenter machen und dadurch neues Vertrauen gewinnen.
- Die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und Prinzipien, auf denen die europäische Einigung ruht, müssen noch konsequenter als bisher innerhalb der EU durchgesetzt werden.
- Es müssen Spielräume für Investitionen geschaffen werden indem öffentliche Investitionen grundsätzlich von der Defizitberechnung auszunehmen sind, sowohl im Fiskal- wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Leistungsbilanzdefizite müssen durch die Stärkung der Binnennachfrage abgebaut werden. Die Koordinierung auf der Einnahmeseite muss verbessert werden, so durch eine einheitliche, breit gefasste Bemessungsgrundlage, Mindestsätze bei der Körperschaftssteuer und einen abgestimmten Kampf gegen Steuerflucht- und Steuervermeidung sowie durch eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer. Bekämpfung von Steuervermeidung und -betrug
- Makroökonomische Ungleichgewichte müssen wirksam bekämpft werden indem auch Leistungsbilanzüberschüsse und eine zu schwache Lohnentwicklung in den Blick genommen werden. Wir wollen die Symmetrie zwischen Leistungsbilanzdefizit- und Leistungsbilanzüberschusskriterien der MIP („Macro-economic Imbalances Procedure“) im Europäischen Semester herstellen.
- Die Staatsfinanzen der Euroländer müssen vor Spekulation geschützt werden, indem der Europäische Stabilitätsmechanismus mit einer Banklizenz ausgestattet und als „Gläubiger der letzten Instanz“ eingesetzt wird bzw. gemeinsame Anleihen in der Eurozone („Eurobonds“) ausgegeben werden können.
- Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge und Regulierungen zugunsten von Beschäftigten ausbauen.
- Wir streben eine Demokratisierung des ESM als „Lender of the Last Resort“ in Krisenländern unter der Kontrolle des EP an. Darüber hinaus setzen wir uns gemeinsam mit der französischen Regierung dafür ein,

eine eigene Fiskalkapazität in der Eurozone zu erreichen, die der Kontrolle der Abgeordneten aus den Ländern unterliegt, in denen der Euro Währung ist.

III. Wir wollen ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit und der Investitionen

- Investitionen in Europa sind Investitionen in eine gute Zukunft unseres Landes. Wachstum und Wohlstand in Deutschland sind auf das Engste mit Wachstum und Wohlstand in Europa verknüpft. Wir wollen die Krise der Eurozone endgültig beenden durch eine gemeinsame Investitionsoffensive durch Steigerung öffentlicher Investitionen um 2 Prozent des BIP.
- Wir treten für einen Ausbau des „Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI)“ zu einer dauerhaften Investitionsagentur und dessen Umbau ein, sodass auch direkte öffentliche Investitionen finanziert werden und auch Staaten unter dem korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakt ihn in vollem Umfang nutzen können.
- Wir wollen eine verstärkte Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Fiskalpolitiken innerhalb des Euroraumes mit einer demokratischen Wirtschaftsregierung und der Einführung eines EU-Finanzministers.
- Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre Wachstumskräfte im Kontext der Globalisierung stärken, um zukunftsgerechte Arbeitsplätze in der EU zu sichern und neue zu schaffen: Das ist Basis unseres künftigen Wohlstands.
- Die Soziale Marktwirtschaft, die auf Unternehmensverantwortung, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und einer fairen Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands beruht, braucht eine Renaissance, gerade in Zeiten der Digitalisierung. Eingriffe in die Tarifautonomie widersprechen geltendem EU-Recht und sind zu unterbinden. Einschränkungen, vor allem in den Krisenländern müssen rückgängig gemacht werden. Es muss sichergestellt werden, dass die kollektiven und individuellen sozialen Rechte, wie Mitbestimmung, Streikrecht, Tarifvertragsbildung und Sozialversicherungsrecht nicht im Rahmen des vom EuGH entwickelten Dreistufentests an den Binnenmarktfreiheiten zu messen sind.
- Wir wollen die Partizipations- und Mitbestimmungsrechte stärken. Dazu gehört die Anerkennung und Förderung von Standards für die Mitbestimmung in Unternehmen europäischer Rechtsform und bei transnationalen Unternehmensaktivitäten, die auf europäischem Gesellschaftsrecht basieren. Möglichkeiten zur Vermeidung und Umgehung der Mitbestimmung sollen künftig unterbunden werden. Wir werden die Europäischen Institutionen weiterhin dazu auffordern, eine Richtlinie zur grenzüberschreitenden Sitzverlegung vorzulegen, in der die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und weitere gesellschaftsrechtliche Standards wirksam geschützt werden. Dabei werden wir sicherstellen, dass die von der EU-Kommission geplanten Initiativen im Gesellschaftsrecht zu keiner Verschlechterung für nationale Mitbestimmungssysteme führen.
- Gleichzeitig treten wir für eine Evaluation und Verbesserung der Eurobetriebsräte-Richtlinie ein.
- Die Informations- und Konsultationsrechte in den drei Richtlinien zur Massenentlassung, zum Betriebsübergang und zur Festlegung des allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer sind durchgehend auf das Niveau der geltenden EBR-Richtlinie anheben.
- Der Soziale Dialog der EU muss gestärkt werden durch die zügige Weiterleitung beschlossener Sozialpartnervereinbarungen an den Rat und das EP, damit diese in verbindliche Richtlinien umgewandelt werden.
- Wir setzen uns ein für eine verstärkte investive Ausrichtung der zukünftigen Economic Governance statt auf die Begrenzung von Staatsausgaben und Lohnkosten zu zielen. Die Austeritätspolitik soll nicht fortgesetzt werden. Wir fördern stattdessen die Innovationsfähigkeit für eine High Road Strategie.
- Wir stärken in der EU die strategische Forschungspolitik, die Innovationsfähigkeit und vollenden den digitalen Binnenmarkt.
- Wir wollen die Investitionskräfte in Europa auch dadurch stärken, dass wir Initiativen wie das europäische Investitionsprogramm EFISI, fortführen und ausbauen.

IV. Wir wollen ein Europa der Chancen und der Gerechtigkeit

Durch eine investive Strategie zielen wir auf die wirtschaftliche Stabilisierung und ein resilienteres qualitatives Wachstum für die Europäische Union ab. Wachstum und Beschäftigung müssen gefördert werden. Zentral ist hierfür ein ausgewogener Kurs von Nachfragestützung und angebotsorientierten Strukturreformen.

- Notwendig sind eine wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik, eine Korrektur der Verteilungsschieflage, der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze sowie sozial und ökologisch nachhaltige Investitionen und die Absicherung des Sozialstaates.

- Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist als Grundwert im Vertrag über die Europäische Union festgeschrieben. Wir fordern die Europäische Kommission dazu auf, eine verbindliche und umfassende Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erarbeiten. Wir unterstützen dazu das Maßnahmenpaket der Europäischen Kommission zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fordern sie dazu auf, neben einem Rückschrittsverbot im Zusammenhang mit der Durchführung der Richtlinie, einklagbare Rechte auf flexible Arbeitszeitregelungen zu verankern, damit Beschäftigte ihre Arbeitszeit reduzieren können, um sich um ihre Kinder zu kümmern oder Angehörige zu pflegen, und danach wieder auf die vorherige Arbeitszeit zurückkehren zu können. Ergänzt werden sollte diesbezüglich auch ein legislativer Teil zur Erneuerung der Mutterschutzrichtlinie.
- Europa muss ein Kontinent der Chancen sein, besonders für junge Menschen. Sie sind Europas Zukunft. Wir wollen, dass junge Menschen ihre Hoffnungen auf Europa setzen können. Wir wollen, dass sie gute Jobs finden, sich frei und mobil in Europa bewegen können, dass sie im Austausch mit anderen Freundschaften schließen und europäisches Zusammenleben praktisch erfahren können. Deshalb wollen wir die Jugendarbeitslosigkeit mit mehr Mitteln der EU bekämpfen und die Austauschprogramme wie Erasmus+ ausbauen. Die Jugendgarantie soll verbindlich umgesetzt, perspektivenreich ausgestaltet sowie ausreichend und nachhaltig ausgestattet werden. Eine Entbürokratisierung der finanzierenden Fonds ist notwendig.
- Im Hinblick auf die Brexit-Verhandlungen müssen Arbeitnehmerschutzrechte, insbesondere auch Rechte der Interessenvertretung und Mitbestimmung, Sozialversicherungsrecht und gewerkschaftliche Rechte klar im Sinne einer Wahrung erworbener Rechte und legitimer Erwartungen geregelt werden.
- Zwischen den Spitzenreitern und den wirtschaftsschwachen Regionen der Europäischen Union besteht ein großes wirtschaftliches Gefälle. Dieses Gefälle abzubauen, ist die originäre Aufgabe der EU-Strukturpolitik. Die Kohäsionspolitik bringt wie kaum ein anderer Bereich einen europäischen Mehrwert. Eine weitere Herausforderung ist der Strukturwandel. Wir verpflichten uns dafür einzutreten, dass über die Einnahmeausfälle hinaus der EU-Haushalt nachhaltig erhöht wird um den Strukturwandel (CO₂armes Wirtschaften und die Herausforderungen der Digitalisierung) zu meistern. Daher müssen weiterhin alle Regionen gefördert werden.
- Wir brauchen verbindliche europäische Standards für gute Arbeit und gute Lebensbedingungen um das europäische Sozialmodell zu sichern und auszubauen. Die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, die Stärkung gesundheitsförderlicher Arbeits- und Lebensbedingungen und starken Arbeitnehmerrechten durch verbindliche europäische Standards sind hierfür zentral. Soziale Grundrechte, insbesondere das rechtlich zu verankernde Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort in der EU wollen wir mit einem Sozialpakt stärken. Wir wollen faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik.
- Wir setzen uns für die verstärkte Bekämpfung von grenzüberschreitendem Lohn- und Sozialdumping durch die Schaffung einer Europäischen Arbeitsbehörde ein. Diese soll die nationalen Behörden bei ihren Kontrollaufgaben und Sanktionierungsbefugnissen gezielt unterstützen und ergänzen. Als wesentliche Funktionsprinzipien dieser Behörde werden die umfassende Beteiligung und Einbindung der Sozialpartner sowie das Ausschließen von Eingriffen in die nationalen Tarifsysteme und Tarifautonomieregelungen gelten.
- Wir wollen einen Rahmen für Mindestlohnregelungen in den EU-Staaten entwickeln, indem wir eine verbindliche Lohnuntergrenze in Höhe von 60% des Medianeinkommens in den Mitgliedstaaten der EU anstreben. Wer konsequent gegen Lohndumping und soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwächeren Ländern in Europa kämpft, sichert auch den Sozialstaat und die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland.
- Wir setzen uns ein für einen europäischen Rahmen nationaler Grundsicherungssysteme.
- Die EU muss durch die Einführung eines sozialen Fortschrittsprotokolls stärker auf die Förderung des sozialen Fortschritts ausgerichtet werden um den sozialen (Grund-)Rechten Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes zu verschaffen.
- Die Säule Europäischer Rechte als zentrales Element einer WWU-Vertiefung muss rechtsverbindliche Standards setzen und zur Stärkung des Sozialen Besitzstandes in der EU beitragen.
- Ein Aktionsplan soll die 20 in der ESSR enthaltenen Grundsätze in EU-Recht, und wo nötig, in nationales Recht umsetzen.
- Wir treten dafür ein, die ESSR spätestens im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2020-2026 finanziell zu unterfüttern.

- Wir wollen faire Mobilität fördern, jedoch missbräuchliche Zuwanderung in die Systeme der sozialen Sicherheit unterbinden.
- Wir wollen mehr Vergleichbarkeit von Bildungsstandards in der EU.
- Wir bekämpfen Steuerdumping, -betrug und -vermeidung und Geldwäsche gleichermaßen international und in der EU. Wir unterstützen eine gerechte Besteuerung großer Konzerne, gerade auch der Internetkonzerne Google, Apple, Facebook und Amazon.
- Unternehmen dürfen sich künftig nicht mehr ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen können, indem sie die Staaten der EU gegeneinander ausspielen. Steuerdumping muss unterbunden werden.
- Wir unterstützen eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern. Es muss damit das Prinzip gelten, dass das Land des Gewinns auch das Land der Besteuerung ist. Wir wollen mit Frankreich zusammen hierfür eine Initiative ergreifen, auch um eine europäische Antwort auf internationale Veränderungen und Herausforderungen in diesem Bereich, nicht zuletzt in den USA, zu geben.
- Die Einführung einer substantiellen Finanztransaktionssteuer wollen wir zum Abschluss bringen.

V. Wir wollen ein Europa der Stabilität

Die Überwindung der weltweiten Finanzkrise in den Jahren nach 2008 hat gezeigt, dass regulatorische Maßnahmen von der Europäischen Union ausgehend die globale Finanzmarktstabilität positiv beeinflussen können. Dennoch bleibt auch innerhalb der EU einiges zu tun, um Banken und Märkte nachhaltig krisenfest zu machen. Wir wollen die Agenda der Finanzmarktstabilisierung insbesondere auf folgenden Gebieten vollenden:

- Die Bankenunion entschlossen vorantreiben, dazu alle Säulen fristgerecht umsetzen
- Eine ausreichende Kapitalausstattung des Abwicklungsfonds und ein funktionsfähiges gemeinsames Einlagensicherungssystem mit uneingeschränkter Beteiligung aller EU-Mitgliedsstaaten in der Bankenunion
- Eine breit angelegte, gut diversifizierte, ausreichend kapitalisierte regional geprägte Bankenlandschaft garantieren
- Eine durchgreifende Reform des Systems der Schattenbanken umsetzen.

VI. Wir wollen ein Europa des Friedens und der globalen Verantwortung

- Globale Herausforderungen brauchen europäische Antworten. Wir sind uns einig in der klaren Absage an Protektionismus, Isolationismus und Nationalismus. Wir brauchen international mehr und nicht weniger Kooperation.
- Lokale Herausforderungen können nur lokal wirklich gelöst werden. Deshalb brauchen wir gelebte Subsidiarität, auch um die Handlungsspielräume von Kommunen und Ländern zu stärken.
- Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss im Sinne einer Friedensmacht Europa gestärkt werden. Sie muss dem Prinzip eines Vorrangs des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssicherung, Entspannung und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein. Wir wollen die Zusammenarbeit bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (PESCO) stärken und mit Leben füllen.
- In der Flüchtlings- und Migrationspolitik muss die EU ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und zugleich Migration besser ordnen und steuern. Wir wollen Fluchtursachen umfassend bekämpfen, die Außengrenzen der EU wirksamer gemeinsam schützen sowie eine solidarische Verantwortungsteilung in der EU schaffen.
- Wir wollen mit einer kohärenten Afrika-Strategie die Zusammenarbeit mit Afrika auf allen Ebenen ausbauen.
- Wir wollen eine offene und faire Handelspolitik, die allen zugutekommt und auf Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zielt.
- Die EU muss beim Klimaschutz international eine Vorreiterrolle einnehmen und für eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens eintreten.
- Die EU braucht auch eine gemeinsame Außen- und Menschenrechtspolitik.

VII. Wir wollen ein starkes soziales Europa für eine faire Globalisierung

Unser Ziel ist eine gerechtere Verteilung von Wohlfahrtsgewinnen aus Handelsabkommen und die Beseitigung des von ihnen ausgehenden steigenden Drucks auf Löhne, Sozial- und Umweltstandards. Nur ein starkes und geeintes

soziales Europa kann einen fairen Wettbewerb in der globalen Wirtschaft erreichen. Die Ziele des sozialen Fortschritts, einer gleichgewichteten wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtskonvergenz müssen im Rahmen des EU-Vertrages festgelegt werden. Ein soziales Fortschrittsprotokoll bzw. eine Fortschrittsklausel ist notwendig, die eine Deregulierung von Sozial- und Arbeitsrecht durch die Binnenmarktfreiheiten verbietet. Wir setzen uns ein für eine soziale, faire und demokratisch legitimierte Sozial-, Wirtschafts- und Handelspolitik, insbesondere für

- Transparente und demokratische Verhandlungen von Handelsabkommen
- Einen wirksamen Schutz von Arbeitnehmerrechten gegen verstärkten Wettbewerbsdruck
- Die Schaffung von klaren, verbindlichen und durchsetzbaren Regelungen zum Schutz von Arbeitnehmerrechten, Sozial- und Umweltstandards, mit Gewährleistung der IAO-Kernarbeitsnormen, OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen und dreigliedriger Erklärung der IAO für multinationale Unternehmen und Sozialpolitik mit verbindlichen Sanktionen und Streitbeilegungsmechanismen und Verankerung des in der EU geltenden Vorsorgeprinzips. Schaffung transparenter und vorhersehbarer Arbeitsbedingungen sowie von harmonisiertem EU-Mindestarbeitsrecht mit Regressionsverbot und Recht der Mitgliedstaaten auf „gold plating“ (= Recht, über die vereinbarten Standards hinauszugehen).
- Eine umfassende Ausnahme von öffentlichen Bereichen, d.h. keine direkte oder indirekte Liberalisierung oder Privatisierung oder Behinderung der Rücknahme von deregulierenden Maßnahmen insbesondere von Dienstleistungen von allgemeinem oder allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
- Die Benennung von konkreten und abschließenden Anwendungs- und Regelungsbereiche in Handelsabkommen (Positivlisten)
- Den Erhalt nationaler Handlungsspielräume für die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge, der sozialen Sicherung und kultureller Ausdrucksformen
- Die explizite Ausnahme von Sonderklagerechten für Investoren gegen Staaten vor Schiedsgerichten, die Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten, des Umwelt-, Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutzes, der Weiterentwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaates und der öffentlichen Daseinsvorsorge nach sich ziehen können oder die Möglichkeiten der Staaten beschränken, allgemeine Regelungen zur Regulierung der Betätigung von wirtschaftlich tätigen Personen, Unternehmen, Finanzinstitutionen oder Anlegern zu erlassen
- Eine Verpflichtung zur Einhaltung von geltenden Tarifverträgen sowie sozialen und ökologischen Kriterien bei Regelungen öffentlicher Beschaffung und Auftragsvergabe durch Handelsabkommen
- Keine Aushebelung von europäischen und internationalen Arbeitnehmerrechten sowie Regeln zu Entsendung und Migration, keine Liberalisierungsverpflichtungen für die grenzüberschreitende Entsendung von Arbeitskräften zur Erbringung einer Dienstleistung. Das Arbeitsortprinzip muss vom ersten Tag an gelten und repräsentative Tarifverträge müssen angewendet werden, sofern diese nicht schlechterstellen. Von Entsendungen dürfen keine negativen Folgen für heimische Arbeitsmärkte ausgehen, höchste Arbeitnehmerstandards müssen eingehalten werden.
- Den aktiven Schutz von Interessen der Schwächsten in der Bevölkerung in Handelsabkommen, wie in Hinblick auf Gesundheit und Ernährungssicherheit

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die EU in ihrer Handlungsfähigkeit stärken, insbesondere auch das Europäische Parlament. Wir wollen die EU finanziell stärken, damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann: Dafür werden wir bei der Erstellung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen. Dabei befürworten wir auch spezifische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Konvergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone, die Ausgangspunkt für einen künftigen Investivhaushalt für die Eurozone sein können. Wir sind auch zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit.

Wir wollen in diesem Sinne und insbesondere auch in enger Partnerschaft mit Frankreich die Eurozone nachhaltig stärken und reformieren, sodass der Euro globalen Krisen besser standhalten kann. Wir wollen fiskalische Kontrolle, wirtschaftliche Koordinierung in der EU und der Eurozone sowie den Kampf gegen Steuerbetrug und aggressive Steuervermeidung vorantreiben. Die dazu aus den Mitgliedstaaten und von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge werden wir prüfen. Den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wollen wir zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der im Unionsrecht verankert sein sollte.

Insgesamt lassen wir uns davon leiten, dass die EU für Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ebenso wie für ihre Bürgerinnen und Bürger stehen muss. Das Prinzip der wechselseitigen Solidarität muss auch für den EU-Haushalt gelten. Zugleich muss auch künftig das Prinzip gelten, dass Risiko und Haftungsverantwortung verbunden sind. In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, das Ziel der sozialen Aufwärtskonvergenz verbindlich festzuschreiben.

Wir wollen eine Grundrechtsagenda zum Schutz der Grundrechte, die regelmäßig evaluiert wird. Das Opt-Out bei den Grundrechten muss abgeschafft werden. Gerichtliche Vorgehensmöglichkeiten gegen Grundrechtsverletzungen in den Mitgliedsstaaten auf europäischer oder internationaler Ebene müssen eingeführt werden. Dazu muss die EU auch der revidierten Europäischen Sozialcharta beitreten. Der Europäische Wirtschaftsausschuss EWSA soll zur Monitoring- und Beschwerdestelle für Grundrechte aufgewertet werden. Beim EuGH sind Fachkammern für Arbeits- und Sozialrecht einzurichten.

Wir treten dafür ein, das Europäische Vertragswerk mittelfristig um ein soziales Fortschrittsprotokoll bzw. -klausel zu ergänzen werden, mit dem die sozialen Rechte, einschließlich der Gewerkschaftsrechte gegenüber den Binnenmarktrechten gestärkt werden und das zusätzlich zur makroökonomischen Konvergenz im Europäischen Semester verankert wird. Die Erneuerung der EU wird nur gelingen, wenn Deutschland und Frankreich mit ganzer Kraft gemeinsam dafür arbeiten. Deshalb wollen wir die deutsch-französische Zusammenarbeit weiter stärken und erneuern. Ein neuer Elysee-Vertrag ist hierzu ein erster und wichtiger Schritt. Deutschland und Frankreich müssen insbesondere auch Innovationsmotor sein und werden dies in Vorhaben, wie der Erforschung künstlicher Intelligenz, unter Beweis stellen. Wir wollen gemeinsame Positionen möglichst zu allen wichtigen Fragen der europäischen und internationalen Politik entwickeln und in Bereichen, in denen die EU mit 27 Mitgliedstaaten nicht handlungsfähig ist, vorangehen.